

**Ina Jacobi**

Geschäftsführerin

Organisation & Verwaltung

Antrag  
für den  
Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke  
am 7. Juli 2022

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus  
Hiroshimaplatz 1-4  
Tel.: +49 (551) 400 2785  
Grueneratsfraktion@goettingen.de /  
i.jacobi@goettingen.de  
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 22. Juni 2022

## **Machbarkeitsstudie: Nutzung der alten JVA**

*Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:*

Die Verwaltung wird gebeten, eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur JVA in Auftrag zu geben, wie sie mit der Voruntersuchung 2019 beschlossen wurde.

Das Zahlenwerk mit Daten und Fakten ist den Ausschüssen für Soziales, Integration und Wohnungsbau sowie für Bauen, Planung und Grundstücke vorzustellen.

### **Begründung:**

Bereits 2019 wurde im Rat auf Basis der Voruntersuchungen Sanierungsgebiet Nördliche Innenstadt als eine der ersten Maßnahmen, die 2019 begonnen werden sollen, eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur JVA beschlossen. Ohne diese Studie fehlt die sachliche Grundlage über die zukünftige Nutzung der JVA zu entscheiden. Nutzungsmodelle, die nicht auf einem Verkauf des Gebäudes beruhen, werden so pauschal immer dem unbelegten Vorwurf ausgesetzt "das sei nicht zu bezahlen". Die Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsstudie ist im Sanierungsvorhaben bereits als förderfähig budgetiert.

Eine Machbarkeitsstudie ist geeignet, realistisch darzulegen, in welchem Zustand sich das Gebäude befindet, welche Nutzungen in den Räumen möglich wäre, welche Umbauten im Rahmen des Denkmalschutzes möglich wären und wie hoch der Sanierungsaufwand tatsächlich ist und damit auch, ob das Gebäude JVA grundsätzlich für Projekte wie das Soziale Zentrum geeignet ist.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Initiative wie das Soziale Zentrum in der Innenstadt ein Gewinn für Göttingen ist und die Möglichkeit der Umsetzung ernsthaft auch in der JVA geprüft werden muss. Hierzu gehört auch die Machbarkeitsstudie über die Nutzungsmöglichkeiten der JVA. Wir positionieren uns klar gegen den weiteren Verkauf städtischen Eigentums.